

Niederschrift

Über die 4. Sitzung des Kreistages des Saarpfalz – Kreises (Legislaturperiode 2024/2029) am Dienstag, dem 28.01.2025 im großer Sitzungssaal im Forum in Homburg.

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 18:46 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Gallo, Dr. Theophil Landrat

CDU

Baumann, Adrian CDU

Breyer, Carina CDU

Engel, Roland CDU

Feichtner, Silvia CDU

Fess, Klaus-Ludwig CDU

Funck, Stefan CDU

Fraktionsvorsitzender

Hoffmann, Ansgar CDU

Kempf, Daniel CDU

Nagel, Peter CDU

Schaller, Markus CDU

Erster Beigeordneter

SPD

Diehl, Sebastian SPD

Dilly-Augustin, Hannelore SPD

Geller, Alois SPD

Metzinger, Manfred SPD

Pauluhn, Stefan SPD

Fraktionsvorsitzender

Sauer, Dunja SPD

LINKE

Spaniol, Barbara Maria LINKE

Biosphärenfraktion B'90/Die Grünen

Hiller, Kerstin Grüne

Riede, Stephanie Grüne

Fraktionsvorsitzende

Familien-Partei

Körner, Erich Familien-Partei

FWG

Hartmann, Gerhard FWG

Kammerer, Axel FWG

Fraktionsvorsitzender

AfD

Dielforter-Haas, Astrid AfD

Graf, Paul AfD

Haas, Vanessa AfD

Fraktionsvorsitzende

Huebner, Boris AfD

Verwaltung

Brettar, Sandra
Engel, Hans-Peter, Geschäftsbereichsleiter
Frys, Dr. Violetta, Fachbereichsleiterin
Grün, Oliver, Fachbereichsleiter
Janishek, Christian, Fachbereichsleiter
Klein, Michael
Motsch, Andreas, Geschäftsbereichsleiter
Müller-Weiffenbach, Eric
Munz, Stefan, Fachbereichsleiter
Nimmesgern, Susanne, Dr.
Reuter, Nils, Bereichsleiter
Scheidhauer, Carmen, Fachbereichsleiterin
Scheunig, Bettina, Fachbereichsleiterin
Zawar, Dr. Ulrike, Geschäftsbereichsleiterin

Protokoll

Lenhard, Kathrin

Entschuldigt fehlen:

CDU

Laßotta, Fabian CDU

SPD

Delalande, Alexandre SPD
Limbacher, Esra-Leon SPD
Vicari, Salvatore SPD
Wilhelm, Laura SPD

FDP

Mucker, Marcel FDP

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit einem Grußwort und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

T a g e s o r d n u n g

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift
3. Pauschalwertberichtigung - Forderungen Rückgriff Unterhaltsvorschuss 2021
Vorlage: 418/2025
4. Feststellung Jahresabschluss 2021 - Entlastung des Landrates und seiner gesetzlichen Vertreter
Vorlage: 423/2025
5. Haushalt/Investitionsprogramm/Stellenplan 2025 (Grundsatz)
Vorlage: 420/2025
6. Verschiedenes

NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Vermittlung von Betreuungskräften im Saarpfalz-Kreis nach dem Arbeitgebermodell
Vorlage: 417/2025
2. Stellenplan 2025 (Detailberatung)
Vorlage: 416/2025
3. Liquiditätskredit an ein verbundenes Unternehmen
Vorlage: 419/2025
4. Geschäftsführung GEW
Vorlage: 437/2025

5. Verschiedenes

Danach wird die Tagesordnung, soweit nichts anderes angegeben, bei jeweils einstimmiger Empfehlung bzw. Beschlussfassung in nachstehender Reihenfolge wie folgt abgewickelt.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. GENEHMIGUNG DER TAGESORDNUNG

DER VORSITZENDE:

schlägt vor, den Beratungsgegenstand „Pauschalwertberichtigung - Forderungen Rückgriff Unterhaltsvorschuss 2021“ als TOP 3, zu ergänzen.

Sodann wird die Tagesordnung in der geänderten Form fortgeführt.

2. GENEHMIGUNG DER NIEDERSCHRIFT

Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

**3. PAUSCHALWERTBERICHTIGUNG - FORDERUNGEN RÜCKGRIFF
UNTERHALTSVORSCHUSS 2021
VORLAGE: 418/2025**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses, zur Bewertung der Forderungen für den Bereich Rückgriff Unterhaltsvorschuss für das Jahr 2021 eine Pauschalwertberichtigungsquote von 71 %.
Darauf basierend erfolgt für die Schlussbilanz des Jahres 2021 eine Forderungskorrektur i. H. v. 1.151.898,38 €.

**4. FESTSTELLUNG JAHRESABSCHLUSS 2021 - ENTLASTUNG DES
LANDRATES UND SEINER GESETZLICHEN VERTRETER
VORLAGE: 423/2025**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses, den Jahresabschluss 2021 festzustellen.

Darüber hinaus beschließt der Kreistag auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses, dem Landrat und seinen gesetzlichen Vertretern für das Haushaltsjahr 2021 die vorbehaltlose Entlastung zu erteilen.

**5. HAUSHALT/INVESTITIONSPROGRAMM/STELLENPLAN 2025
(GRUNDSATZ)
VORLAGE: 420/2025**

FACHBEREICHSLEITER GRÜN:

stellt die Eckpunkte des Haushaltsentwurfes 2025 anhand der vorliegenden Unterlagen vor.

Sodann folgend die Haushaltsreden der im Kreistag vertretenen Fraktionen und Parteien.

FRAKTIONSVORSITZENDER FUNCK (CDU):

Sehr geehrter Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich kann das Ergebnis vorwegnehmen, weil es nach den Vorberatungen, die wir in unseren Ausschüssen hatten, die wenigsten verwundern wird. Nach Ansicht meiner Fraktion ist der vorliegende Haushaltsentwurf für dieses Jahr unter den gegebenen Umständen, diese sind eben ja noch einmal geschildert worden, soweit gut gelungen und das Ergebnis des derzeit Notwendigen im Auge des derzeit Möglichen. Warum ist das so? Das möchte ich kurz an drei Punkten festmachen. Ich bedaure, zumindest für diejenigen, die schon in der letzten Legislatur in dieser Runde saßen, dass ich einiges wiederholen muss, was ich beim vergangenen Haushalt gesagt habe. Dass ich das wiederholen muss, ist natürlich kein gutes Zeichen, denn es zeigt, dass sich teilweise an diesen Punkten nichts Grundlegendes zum Positiven geändert hat. Und das wiederum ist für mich aber auch ein Grund, das eine oder andere nicht nur zu wiederholen, sondern auch etwas zu schärfen und auch klarer und fordernder zu formulieren. Erster Punkt ist die kommunale Finanzsituation und es ist eben angesprochen worden, die Rahmenbedingungen unter denen der Kreishaushalt entstanden ist und auch zu bewerten ist, sind alles andere als gut. Wir wissen um die schwierige Lage des Kreises, aber auch der Kreiskommunen und wir wissen auch deswegen um die besondere Verantwortung, die wir als Kreis auch gegenüber Städten und Gemeinden in unserem Kreis haben. Auch, wenn wir uns letztlich über die Kreisumlage refinanzieren können und diese auch festsetzen können ist es trotzdem wichtig, dass wir sparsam haushalten und auch in gewisser Weise Maß halten, damit wir den Städten und Gemeinden nicht die Luft abschnüren, die sie irgendwo brauchen. Und das ist eigentlich immer schwieriger geworden, denn wir brauchen finanziell auch leistungsfähige Städte und Gemeinden. Aber mittlerweile stehen wir auch als Kreis so mit dem Rücken zur Wand, dass es eigentlich keine größeren Spielräume mehr gibt und wir werden als Kreis zunehmend mit weiteren Aufgaben und auch Kosten belastet und die Ausgaben steigen stärker als die Einnahmen. Auch wenn es verschiedene Berechnungsmodelle gibt, können wir

uns, sagen wir mal mit der Momentaufnahme dieses Jahres, mit einer Steigerung von 7,5 Millionen glücklich schätzen, wenn man nach St. Wendel schaut, mit einer Steigerung von 13 Millionen, Neunkirchen mit 10 Millionen oder Saarlouis gar mit über 23 Millionen Steigerung in der Kreisumlage. Und das zeigt aber insgesamt deutlich, dass die kommunale Familie, also wir insgesamt an einem Punkt sind, an dem es eigentlich nicht mehr so weitergehen kann. Die „Schere“ ist nicht nur ein saarländisches Problem, diese „Schere“ geht überall auseinander und so ist es mittlerweile so, dass bundesweit 29 Prozent der Aufgaben kommunal verortet sind, aber nur 15 Prozent der Steuereinnahmen. Die kommunalen Spitzenverbände schätzen jeweils für das letzte und dieses Jahr einen negativen Finanzierungssaldo von über 13 Milliarden. Ich glaube, da werden wir sogar noch etwas darüber liegen. Und woran liegt das? Das liegt zum einen daran, dass wir gerade hier auf der Kreisebene der Bundesgesetzgebung in weiten Teilen unterworfen sind, insbesondere bei der Sozialgesetzgebung, beispielsweise im Jugendhilfegesetz, und immer höhere Kosten und Aufwendungen haben, ohne dass die aber finanziell irgendwo ausgeglichen werden. Und damit muss endlich Schluss sein. Denn es muss eigentlich – wie wir es in der Landesverfassung umgesetzt haben – gelten, dass „wer bestellt, auch bezahlt“. Das heißt, demokratisch ausgedrückt, dass das Konnexitätsprinzip auch zwischen Bund und Kommunen gilt. Und ich glaube, einige Wochen, wenige Wochen vor der Bundestagswahl darf man das auch an dieser Stelle etwas klarer sagen und auch sich entsprechenden Einsatz von den Volksvertretern für die Zukunft wünschen. Es ist mir jetzt ein bisschen zu billig zu sagen, wir haben einen Bundestagsabgeordneten seit drei Jahren hier sitzen, der das ein und andere auch mitbeschlossen hat, was uns Geld kostet. Den Punkt will ich jetzt auch nicht machen, weil auch die Zusammenarbeit zu gut ist. Und ich will auch jetzt keinen Wahlkampf machen, sondern mir geht es darum, dass sich grundlegend etwas ändert. Und dann meine ich, dass wir mit Esra Limbacher und auch dem Markus Uhl hier im Kreis zwei engagierte Bundestagsabgeordnete haben, die auch in der Kommunalpolitik eng verwurzelt sind, die die Probleme kennen. Und ich würde mir eigentlich auch wünschen, dass man das zukunftsgerichtet auch ein Stück weit stärker merkt. Ich bin jetzt nicht so naiv zu glauben, dass einer von beiden in einer großen Fraktion aufsteht und gegen den Fraktionszwang ein Gesetz versucht, oder sich dann irgendwo negativ positioniert, weil es letztlich finanzielle Belastungen in den Kommunen gibt. Aber ich denke schon, dass es auch im Deutschen Bundestag und auch im kommenden Deutschen Bundestag ein paar mehr „Esra Limbachers“ und „Markus Uhls“ gibt, die kommunalpolitisch verwurzelt sind und die um die finanziellen Probleme der Kommunen wissen. Ich glaube, dass es dort auch einen gemeinsamen Weg geben kann, ein Umdenken, gemeinsam mit anderen voranzubringen, dass der Bund sich in Zukunft nicht nur bei Gesetzesvorhaben an dem eigenen Haushalt orientiert, sondern auch realistisch einschätzt, was für Auswirkungen das auf die Haushalte der Kommunen hat und dann auch für deren Ausgleich sorgt. Und das passiert nicht, wir kennen die Gesetzesvorhaben, wir kennen auch die Einschätzung von Kosten, die haben mit realistischen Kosteneinschätzungen wenig zu tun. Und ein Punkt, der mir und auch meiner Fraktion in den vergangenen Jahren „öfter sauer aufstößt“, sind Projekte des Bundes. Für drei Jahre angelegt, eigentlich für eine Herausforderung die dauerhaft besteht. Da wird 90 Prozent finanziert. Wir machen das, natürlich machen wir das, weil wir auch Herausforderungen haben und auch das Geld nicht liegen lassen. Und nach drei Jahren stehen wir dort, die Finanzierung des Bundes

– der sich plakativ damit erstmal schmücken kann –läuft aus und wir müssen sehen, wie wir weiter dem Problem gegenüberstehen. Und auch das kann nicht wirklich zielführend sein.

Was wir in Zukunft für die saarländischen Kommunen, aber auch für die in Nordrhein-Westfalen und anderer Länder brauchen und das ist – glaube ich – auch jedem klar, ist eine vernünftige Altschuldenregelung,

Wir brauchen eine – und da sind wir seit Jahren in Saarland dran – klare, richtige, mutige Reform des Finanzausgleichs und eine richtige Finanzausstattung der Kommunen. Dazu braucht es aber auch, und das habe ich auch beim vergangenen Mal gesagt, das gehört einfach zur Wahrheit dazu, eine ehrliche Aufgaben-Kritik, denn durch eine Umverteilung von Geld mehrt sich kein Geld, sondern es wird nur anders verteilt. Und da wir im Moment natürlich keinen Bereich haben, wo zu viel Geld da ist, wird es auch nicht anders gehen, dass man das Geld ein Stück weit zielgerichteter einsetzen muss. Und wir müssen in dem Ganzen, in diesen Rahmenbedingungen kreativ sein, und das gelingt uns, wenn wir ein bisschen was Positives herausstellen, nämlich wenn es darum geht, was wir selbst machen können und auch machen, und das sind die Schwerpunkte im neuen Haushalt. Ich will vier Beispiele nennen, wo wir was tun, trotz schwieriger Rahmenbedingungen, und wo wir uns natürlich auch mehr wünschen würden.

Als erstes Beispiel ist die Sanierung von weiterführenden Schulen zu nennen. Dort schaffen wir die Transformation vom „alten Lehrort“ zum „Lebens- und Lernort“, wir bauen – wie eben bereits dargestellt – dort Zukunft im wahrsten Sinne des Wortes. Wir investieren in den kommenden Jahren beispielsweise rund 25 Millionen Euro am Standort Rohrbach mit Schule und Halle und in ähnlicher Höhe auch am Standort in Blieskastel am Von-der Leyen-Gymnasium. Wir würden uns natürlich auch wünschen, dass man das vielleicht schneller und vielleicht auch an mehr als zwei Standorten machen würde, aber wir packen das an. Wir machen das! Und auch beim Katastrophenschutz, ein Thema, das leider in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat, stärken wir die Infrastruktur. Wir ertüchtigen konkret die Führungsstelle insbesondere im Bereich der Digitalisierung, wir schaffen im Stellenplan jetzt die Voraussetzung für eine verbesserte IT-Betreuung vor Ort. Wir machen das!

Und auch das Thema Klimaschutz, wenn es aktuell auch vielleicht von dem ein oder anderen Thema, z.B. der wirtschaftlichen Situation und Ähnlichem bundesweit überlagert wird, vergessen wir nicht und sind uns der Wichtigkeit bewusst. Und auch hier wollen wir eben unter dem Stichwort energetische Sanierung der eigenen Gebäude als Vorbild vorangehen. Wir haben auch im Stellenplan einiges vorgesehen. Man muss immer nach den Begrifflichkeiten schauen: Mit „Klima“ fängt es an, mit „Manager“ hört es meistens auf.

Diesmal neu ist der Klimaanpassungsmanager, um auch ein kommunales Anpassungsmanagement voranzubringen.

Auch das zeigt, dass wir dort was machen.

Und bei allem was wir tun, bei allen Sparanstrengungen und bei aller grundlegender Aufgabenkritik aufgrund der schwierigen Finanzlage darf uns eines nicht passieren. Wir dürfen niemanden auf der Strecke lassen.

Wir dürfen niemanden vergessen, auf dem Weg zurücklassen, der Unterstützung und Hilfe braucht. Und das gilt insbesondere für die Schwächsten bei uns in der

Gesellschaft. Und auch da möchte ich Beispiele nennen und möchte hier beispielhaft die Kinder- und Jugendhilfe nennen.

Auch hier stärken wir das Angebot, beispielsweise durch die Aufstockung der personellen Ressourcen im Bezirks-Sozialdienst und auch im Schulpsychologischen Dienst. Wir machen das!

Und jetzt möchte ich noch ein weiteres wichtiges Thema nennen und da wiederhole ich mich leider ein Stück weit auch, was zeigt, dass auch dort die Lage nicht gut ist.

Das ist die Gesundheitsversorgung im Kreis und ganz speziell das Kreiskrankenhaus.

Auch hier muss man sagen, dass dieses eine nicht unerhebliche Belastung für den Kreishaushalt darstellt, die wir in den vergangenen Jahren auch gerne getragen haben. Es ist aus unserer Sicht, ich glaube aus unserer aller Sicht, ein wichtiger Baustein zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung in unserem Kreis und deswegen haben wir auch seit Jahren mit allen Fraktionen das Kreiskrankenhaus getragen. Allerdings ist aber auch klar, ich glaube, da sind wir uns auch alle einig, dass sich das Krankenhaus, um weiterhin im Wettbewerb zu bestehen, auch halbwegs wirtschaftlich halten muss. Die „Krankenhauswelt“, das konnte man ja wieder in den letzten Tagen in Bezug auf das letzte Gesetzgebungsverfahren verfolgen, entwickelt sich weiter. Die Krankenhäuser sind finanziell und wirtschaftlich am Boden. Deswegen kann man dort nicht stehenbleiben, sondern man muss sich auch diesen Entwicklungen anpassen. Wir haben in den vergangenen Jahren hier im Kreistag einen Aufsichtsrat von Seiten des Krankenhauses, der Kreisverwaltung, aber auch mit Hilfe von externen Experten sehr intensiv und hart daran gearbeitet, eine tragfähige Grundlage dafür zu schaffen, um das Kreiskrankenhaus weiterentwickeln zu können. Also wir haben, und das möchte ich hier unterstreichen, unsere Hausaufgaben – glaube ich – gemacht.

Vielleicht hätte man sie auch früher machen können, aber wir haben sie in den letzten Jahren gemacht. Es gibt nun ein klares Konzept, dass auf die Fokussierung der Stärken im Bereich Orthopädie und Geriatrie setzt. Wir wollen also dort stärker werden und wachsen, wo wir stark sind, wo wir sowohl fachlich, als auch finanziell letztlich konkurrenzfähig sein können. Kurzgefasst und ein bisschen runtergebrochen: Weniger Gemischtwarenladen, mehr Spezialklinik auf Spitzenniveau und tragfähige Kooperationen mit umliegenden Krankenhausstandorten, insbesondere den beiden Maximalversorgern in unserer Nähe, also zum einen mit der Uniklinik und zum anderen mit den Winterbergkliniken.

Damit haben wir zum einen die Voraussetzung dafür geschaffen, dass es ein Konzept gibt, das wirtschaftlich zukunftsfähig ist, das zugleich medizinisch Sinn macht und jetzt auch dementsprechend Eingang in die neue Krankenhausplanung des Landes finden muss. Und das ist die eine Voraussetzung. Die andere ist, dass für die Umsetzung einer solchen Konzeption auch eine zeitgemäße Infrastruktur erforderlich ist. Das wird – glaube ich – jedem klar, der im Kreiskrankenhaus einmal über die Flure gegangen ist

Und dafür bedarf es mittelfristig auch sehr deutliche, wie ja auch bereits durch die Presse und auch durch den Aufsichtsratsvorsitzenden sowie durch den

Krankenversorger selber transportiert, eine sehr deutliche Investitionsförderung. Und hier ist nun auch das Land gefragt, welches für Investitionsförderung laut Gesetz verantwortlich ist. Und hier ist das Land gefragt, diesen Weg jetzt mitzugehen.

Wir als Kreis sind im Hinblick auf die Betriebskostendefizite bereits in Vorlage getreten. Merzig-Wadern musste hier teilweises in den letzten zwei, drei Jahren nachziehen. Wir haben die Betriebskostendefizite jeweils ausgeglichen und jetzt braucht es eben die Investitionen, damit auch an diesem Standort betriebswirtschaftlich wieder gearbeitet werden kann.

Im Hinblick auf das medizinische Konzept und seine Realisierung im neuen Krankenhausplan, wie auch im Hinblick auf die notwendigen Investitionen, braucht es jetzt ein klares Signal, ein klares Bekenntnis des Landes, für oder eben auch gegen den Standort.

Und diese Entscheidung muss nach meiner, und ich glaube nach unserer aller Überzeugung, in diesem Jahr fallen und dies so früh wie möglich. Denn nur dann, muss man ehrlich sein, hat das Kreiskrankenhaus – und das wollen wir, das verstehen wir alle so – eine Zukunft, und das wünschen wir uns. Aber die Entscheidung muss jetzt auch im Interesse aller fallen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss möchte ich mich nochmal persönlich, wie auch im Namen meiner Fraktion, bei allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung bedanken. Bei allen, nicht nur bei denjenigen, die an der Erstellung des Haushaltsentwurfs beteiligt waren, sondern insgesamt bei allen, die im vergangenen Haushaltsjahr für diesen Kreis standen und „brannten“ und im kommenden Jahr für diesen Kreis stehen und „brennen“. Dafür herzlichen Dank. Danke auch der Verwaltungsleitung, an der Spitze dem Landrat. Ich möchte besonders bei seinem letzten Haushalt Herrn Engel danken sowie den anderen Fraktionen und natürlich auch Kreistratsmitgliedern für die gute, sachliche, faire Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten, insbesondere auch den Koalitionspartnern. Meine Fraktion würde sich wünschen, dass wir heute gemeinsam alle ein möglichst einmütiges Signal bei der Beschlussfassung zum Haushalt geben und dem vorliegenden Entwurf zustimmen. Ich danke Ihnen allen, auch fürs lange Zuhören. Dankeschön!

FRAKTIONSVORSITZENDER PAULUHN (SPD):

Haushaltsdebatten und die dazugehörigen Reden in Parlamenten auf unterschiedlichsten Ebenen werden ja immer als die Sternstunden des demokratischen Diskurses benannt, manchmal auch als die der kernigen Auseinandersetzung zwischen den Parteien und Fraktionen, hin und wieder als Glanzstunden für die Einen und große Momente der Abrechnung für die Anderen. Wenn solche Titulierungen Politik beschreibt, dann sind Kreisparlamente eher unpolitische Organisationseinheiten von Gebietskörperschaften, deren Aufgaben auch die meisten Bürgerinnen und Bürger nur eher mäßig beschreiben können. Ja, in Stadt- und Gemeinderäten, in Landtagen wie auch im Bundestag, da „rummst“ es an solchen Tagen schon mal gewaltig. Leise Töne wie hier in diesem Saal, so war das zumindest meist in der Vergangenheit, möglicherweise auch heute – ich

will den Tag nicht vor dem Abend loben – sind doch aber eher die Ausnahmen. Allgemein darf man sagen, wenn man überhaupt Kritik an Kreisen hört, dann ist es am ehesten die, an der logischerweise ungeliebten Kreisumlage. Wer zahlt schon gerne?

Fragt man Bürgermeister, Oberbürgermeister, Gemeinde- oder Stadträte, auf was ihr Kreis am meisten achten soll, dann ist die Antwort unisono klar: Die Kreisumlage, die muss doch endlich wieder sinken. Fragt man die Bürger, die Bürgerinnen, was sie von ihrem Kreis erwarten, dann fällt die Antwort anders aus, schon etwas differenzierter, unterschiedlicher. In St. Ingbert, wir haben es gerade vom Kollegen gehört, wird das Kreiskrankenhaus mit als erstes genannt, was unabdingbar wichtig erscheint. Und ich glaube, auch allen hier im Raum wichtig bleibt. An anderen Orten sind es Investitionen in Schulen und die schuleigenen Sportstätten oder die Wirtschaftsförderung. Und fragt man im Südkreis, im Mandelbachtal und Gersheim, sind die Schlagworte Biosphäre, Landwirtschaft, die Idee von einem gemeinsamen Europa, europäische Projekte, wie beispielsweise dem Europäischen Kulturpark Reinheim-Bliesbruck oder all dem, was sich rund ums Weimarer Dreieck bewegt, durch und mit unserem Kreis, diesen Bereichen, die man sicherlich als Impulsgeber nennen kann. Und möglicherweise fügt nach einer kurzen Pause des Nachdenkens noch der eine oder die andere hinzu: „Und wir wollen, dass An- und Abmeldungen bei den Zulassungsstätten noch unproblematischer funktionieren, wie sie das eh schon tun und man dort noch schneller wird, wie man es eh schon ist“.

Und der Eindruck von mir ist: Auch da sind wir ja als Saarpfalz-Kreis nicht am Schluss der Fahnenstange, sondern eher im vorderen Drittel schon beheimatet.

Lassen Sie mich aber zunächst zurückkommen auf die Einnahmenseite. Dieses ungeliebte Kind, die Kreisumlage, ist halt die Finanzierungsquelle dieser Gebietskörperschaft, zumindest die einzige, deren Entwicklung man selbst ein Stück weit in der Hand hat. Ich denke, genau dies ist es auch, warum sie öfter im Mittelpunkt solcher Reden stand und steht, und all das Gute, das Positive, das mutmaßlich Selbstverständliche, wofür die Kreise ja auch stehen, nämlich ihre Aufgaben zu erfüllen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, bei diesen Fragerunden manchmal aus unserer Sicht der Kreistagsmitglieder eine untergeordnete Rolle spielen. Aber bevor ich dazu komme, will ich auch für Sie eine Lanze brechen. Die Kreisumlage steigt bei uns auch, ja, aber weniger als bei anderen. Berechnungsmodell hin oder her, sie steigt weniger als bei den anderen. In gleichbleibend und gleichermaßen schwierigen Zeiten für alle Kreise in diesem Land. Nur Merzig-Wadern liegt marginal mit der Steigerungsquote noch unter uns. Das halte ich schon für bemerkenswert und das zeigt, das will ich mal so landläufig sagen, dass wir Politik hier im Saarpfalz-Kreis, auch die Verantwortlichen in der Verwaltung, von Kämmerei bis zur Verwaltungsspitze, über alle Bereiche verantwortungsvoll mit den Finanzen der Bürgerinnen und Bürger umgehen. Das möchte ich ausdrücklich unterstreichen. Und zu diesem Ergebnis gehört auch, zugegeben nicht alleine, der Umstand, dass der politische Gestaltungswille dieser beiden Fraktionen, die sich zu Beginn der Legislatur nach der Kommunalwahl zusammengefunden haben, einen Koalitionsvertrag verfasst haben, dass diese beiden Partner bei der Finanzentwicklung der Kreiskommunen, bei allen Diskussionen auch immer mitdenken. Mitdenken bei Forderungen und Anforderungen, mitdenken bei politischen Wünschen und mitdenken auch beim

Personalhaushalt und den dortigen Begehrlichkeiten, die nun mal in Verwaltungen auch vorgetragen werden müssen und selbstverständlich auch vorgetragen werden dürfen. All dies führt in diesem Jahr zu dem Ergebnis, das Ihnen heute vorliegt. Die Kreisumlage mit knapp 128 Millionen, die Schlüsselzuweisung des Landes diesmal bei 12 Millionen und damit knapp 2 Millionen geringer als im Vorjahr, bilden den Rahmen zu all dem, was unser Kreis zu gestalten und umzusetzen hat, beziehungsweise im geringen Umfang an freiwilligen Ausgaben, wir haben gerade die Nadel in dem runden Kuchen gesehen, bereit ist, selbst in die Hand zu nehmen. Über 200 Millionen Euro fließen in die Bereiche der sozialen Sicherung und des Jugendamtes. Knapp 7 Millionen in den ÖPNV. Und nach unserer Auffassung mit am wichtigsten, das zentrale Ziel des Saarpfalz-Kreises, die Prävention im Kinder- und Jugendbereich auch in Zeiten knapper Kassen zu stärken, bleibt erhalten. Schulträgeraufwendungen knapp 30 Millionen, 4 Millionen mehr im letzten Jahr. Investitionen in kreiseigene Schulen 15,3 Millionen, 3 Millionen mehr als im letzten Jahr. Und Aufwendungen für Kitas und Betreuung 32,5 Millionen und damit auch 1 Million mehr als im letzten Jahr. Wir stärken darüber hinaus, auch das wurde schon gesagt, aber es ist auch mir wichtig, dass es von unserer Stelle betont wird, den Katastrophenschutz und damit den Bevölkerungsschutz und wir planen und bauen ein eigenes Katastrophenschutzzentrum. Allein diese Ausgabe schlägt sich für Ausrüstung und Ausstattung auch mit 324.000 Euro in diesem Haushalt nieder und ist ja damit erst begonnen. Weitere Invests werden dazu in den Folgejahren sicher nötig werden. Was ich nicht hoffen will, ist, dass der Streit an diesem Punkt sich dadurch vermindert, weil wir immer mehr Katastrophenlagen bekommen. Ich hoffe für diesen Kreis und für uns, dass wir hier sozusagen Geld in die Hand nehmen, um Prävention zu leisten und dass es auch ein Investitionspunkt ist, in dem insgesamt kein Streit herrscht, so wie es in diesem Jahr auch erlebt wurde. Und neben all dieser Pflichtaufgaben behalten wir unsere freiwilligen Leistungen, wenn auch im beschriebenen, bescheidenen Umfang, mehr können und dürfen wir nicht, im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Partnerschaften, der Kulturförderung und auch bei den Projekten des Frauenbüros bei. Werte Kolleginnen und Kollegen, dies alles auszutarieren, Pflichtaufgaben nicht zu schleifen, Sprichwort Schulen und Kitas, freiwillige Aufgaben weiter umzusetzen, aber auch dabei immer auszuloten, das Wünschenswerte mit dem Machbaren in Einklang zu bringen, das ist unser Kreis, das ist der Saarpfalz-Kreis.

Und das ist letztendlich das, was die Menschen in unserer Region dann auch spüren und erleben können. Gerade auch dann, wenn sie nicht immer genau wissen, wofür der Kreis überall zuständig ist. Meine Botschaft soll sein, Kreise definieren sich sehr viel weniger über das Auf und Ab einer Umlage, als sehr viel mehr über ihr gewähltes und priorisiertes Leistungsmodul. Und wir finden, da kann sich unser Kreis sehen lassen, da können wir uns sehen lassen. Man kann, und da bin ich auch hin- und hergerissen, immer auf andere Ebenen schießen, um dies noch besser zu machen. Das habe ich zu Beginn meiner politischen Tätigkeit in den 80er-Jahren als Gemeinderatsmitglied möglicherweise auch mal bei Haushaltsreden mit Blick auf den Kreis gemacht. Der Peter lacht, er saß neben mir. Später war es im Landtag. Da hat man möglicherweise auch mal auf den Bund „geschielt“. Heute im Kreistag können wir verschiedene Ebenen auch noch mal in den Debatten herumkurven. Meine Lehre aus 30, über 30 Jahren Kommunalpolitik, davon über 20 Jahren im Landtag und jetzt auch schon in der zweiten Legislatur

hier, ist doch die: Klagen gibt es überall, schlecht geht es allen, man muss sich nur mal die aktuellen Debatten des Bundes vor Augen führen. An der Schuldenbremse soll nicht gerüttelt werden, Steuererhöhungen sind mindestens mal in Wahlkampfzeiten kein adäquates Diskussionsansatzmittel und dennoch soll mehr Geld ausgegeben werden für Verteidigung, für den Sozialbereich und ich weiß nicht für noch was alles. Das könnte ich jetzt auf die Landesebene übersetzen und so weiter. Ich glaube, wir müssen unser Leistungsprofil beschreiben und umsetzen mit Augenmaß und mit einer guten Debatte mit unseren Gemeinden. Wenn uns das gelingt, dann passiert das, was in diesem Jahr passiert ist, nämlich was auch alle Kreiskommunen sagen, dieser Haushalt ist in Ordnung.

Bei all den Klagen und bei all den schwierigen Umständen machen wir noch mehr. Ehrengaben und Vereinsjubiläen im freiwilligen Bereich, darauf wollen wir doch nicht verzichten. Koordinierungsstelle Frau, Beruf und Beruf, BAMF-Kurse bei Frauenspurten im Saarpfalz-Kreis, darauf wollen wir und können wir doch nicht verzichten. Klimaschutz, Kultur, Museen, Archäologie, Begegnungen auf der Grenze, Denkmalpflege, Theater und Konzerte, die Kreisvolkshochschule, Förderung und Unterstützung der Landwirtschaft und Umwelt bis Wirtschaftsförderung, ÖPNV und Tourismus. All das ist dieser Haushalt, all das ist dieser Kreis. Dieser Haushalt strotzt nur so von Leistungen für Menschen, die hier leben, bei uns. Es ist ein Haushalt für die Menschen in unserem Kreis, für unsere Leute, aber nicht nur für sie, an einigen Stellen sogar auch für Tiere. Denn, und damit würde ich enden, auch der Zuschuss ans Tierheim Homburg bleibt stabil und bleibt erhalten, trotz aller Sparnotwendigkeiten.

Insgesamt will ich resümieren: Verwaltung, Landrat und die sie tragenden Fraktionen legen heute mit dem Kreishaushalt 2025 einen zustimmungsfähigen und tragfähigen Haushalt vor, dem, das finde ich auch, genau wie Kollege Funck, eigentlich alle in diesem Saal beruhigt zustimmen können. Ich schließe in diesen Schlussrapport auch meinen Dank natürlich an die Verwaltung ein. Dies nicht nur einfach so daher gesagt, sondern wir wissen, welche Arbeit da auch im Vorfeld für die Haushaltsaufstellung drinsteckt. Das ist ja nicht alleine die Kämmerei, das sind alle Abteilungen. Da geht ja immer auch ein Raunen durchs Haus, manchmal auch ein seufzendes Aufatmen: Was macht die Politik da mit unseren Vorschlägen? Und ich glaube, man hat auch in diesem Jahr sehr gut miteinander abgewogen. Und auch die Politik, meine ich, ist nicht an eine Grenze, aber an das gegangen, was gut zu erklären ist und gut für den Kreis ist. Und in diesem Sinne sage ich Ihnen Danke und wünsche eine breite Zustimmung für diesen Haushalt.

FRAKTIONSVORSITZENDE HAAS (AfD):

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kollegen,

da vieles schon von meinen Vorrednern gesagt wurde, will ich meine Rede tatsächlich nicht allzu lange machen und nicht vieles wiederholen. Ich denke einiges wurde schon gesagt, was auch sehr wichtig ist. Hauptsächlich erfüllen wir, wenn man sich den Haushalt anschaut, unsere Pflichtaufgaben, denn dafür geben wir den Großteil unseres Haushaltsvolumens aus. Die Kreisumlage wird immer ein Thema bleiben und sie wird uns auch die nächsten Jahre noch beschäftigen. Auch

dazu wurden, denke ich, die Argumente schon ausführlich ausgetauscht. Auch wenn es erfreulich ist, dass natürlich die Bürgermeister, auch wenn vielleicht schweren Herzens damit leben können, wie die Kreisumlage sich entwickelt. Weiterhin möchte ich positiv sagen, dass ein großer Betrag in die Kinder- und Jugendarbeit als auch in unsere Schulen investiert wird. Das halte ich für sehr positiv. Denn die Kinder und Jugendlichen sind unsere Zukunft. Was das Thema Kreiskrankenhaus angeht, kann ich meinem Vorredner von der CDU nur zustimmen. Wir müssen zeitnah und dringend eine Entscheidung treffen, wie diese dann auch immer ausfällt. Ich denke auch hierzu wurden die Hauptargumente bereits genannt. Natürlich kann man über gewisse Details des Haushalts immer diskutieren, aber in Gänze werden auch wir diesem Haushalt, wie er vorgelegt wurde, zustimmen. Die finanziell schlechte Lage der Kommunen ist ja hinlänglich bekannt, aber auch wir sind der Meinung, dass hier das Land und auch der Bund einiges ändern müssen. Zum Schluss möchte ich mich noch kurz bei der Verwaltung und auch bei den Mitarbeitern bedanken, für die geleistete Arbeit, für die gut vorbereiteten Sitzungen und Sitzungsvorlagen und damit möchte ich es auch belassen. Danke!

FRAKTIONSVORSITZENDE RIEDE (B90`/Die Grünen):

Sehr geehrter Landrat, sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Mitarbeiter in der Verwaltung, sehr geehrte Kollegen hier im Kreistag,

vor uns liegt der Haushalt 2025, hierfür gilt unser besonderer Dank der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei. Der Haushalt besteht zum größten Teil aus Pflichtausgaben, hier ist uns halt einfach kein Handlungsspielraum gegeben. Ich nehme es vorweg, wir werden diesmal dem Haushalt zustimmen, fordern aber gleichzeitig, so wie dies bereits von den Mitgliedern der vorherigen Biosphärenfraktion getan wurde, die bis zum Sommer 2024 im Kreistag saßen, endlich die Umsetzung des Klimaaktionsplans, welcher in 2020 beschlossen wurde. Hier ist einfach zu wenig Aktion, hier kann noch mehr erfolgen. In 2019 wurde das Thema „Klimanotstand“ als Herzensangelegenheit der damaligen Biosphärenfraktion aufgegriffen, mit vielen Beteiligten abgestimmt und vorangetrieben und schließlich ein „Klimaaktionsplan“ erstellt, dessen Umsetzung im Ausschuss beschlossen wurde. Im genannten Beschluss heißt es konkret (gekürzt): Der Kreistagsausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Raumordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Kreisverwaltung, die weiteren Handlungsfelder des Klimaaktionsplans gemäß der vorgestellten Systematik auszuarbeiten. Hier ist unserer Meinung nach noch zu wenig geschehen. Wie eingangs bereits erwähnt, werden wir dieses Mal dem Haushalt zustimmen, fordern aber gleichzeitig auf, den 2020 beschlossenen Klimaaktionsplan endlich konkret umzusetzen. Ansonsten ist zum Haushalt von den Vorgängern, insbesondere von Herrn Pauluhn und Herrn Funck, schon ausführlich gesprochen worden. Dem kann ich mich auch vollumfänglich anschließen und wir beide werden dem Haushalt zustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit!

KREISTAGSMITGLIED SPANIOL (Die LINKE):

Sehr geehrter Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,

hinter der Vorlage eines Haushalts mit Stellenplan und Investitionsprogramm steckt ja immer eine Menge Arbeit im Detail, für die Verwaltung, für den Kämmerer und es bedeutet alles einen großen Kraftakt, von daher möchte ich auch ohne Fraktion meinen Dank aussprechen. Was ich als neues Mitglied im Kreistag besonders begrüße, ist die Möglichkeit der Vorberatungen in den jeweiligen Fachausschüssen. Das macht den Haushalt sehr transparent und Fragen können so einfach im Vorfeld beantwortet werden. Das kennt man so nicht überall, z.B. in den Stadtverwaltungen. Dies ist schon eine Erleichterung, gerade wenn man neu im Kreistag ist. Also auch an der Stelle möchte ich mich bedanken. Viele Rahmen- und Eckdaten, da ist auch vieles schon gesagt worden zum Haushalt und mehrfach genannt worden, die muss man nicht wiederholen. Klar ist, dass der Kreis viele Aufgaben und Aufträge erfüllen muss. Den größten Brocken machen eben diese Pflichtaufgaben aus und man muss schon feststellen, dass der Kreis aus meiner Sicht die Schulden im Rahmen hält. Wenn man in die Kommunen schaut, sieht das aus meiner Sicht eben anders aus. Sie haben ein Schuldenproblem wofür sie meist nicht selbst verantwortlich sind und das ist der Punkt, das ist eine echte Krise und die ist nach wie vor nicht bewältigt.

Und daher wird es auch spannend sein, was der kommunale Finanzausgleich ab dem nächsten Jahr bringt. Vieles ist noch unsicher und im Finanzausschuss im November wurde ja auch ausgeführt, wie viel gibt es da für die Kommunen, wie viel gibt es da für die Kreise, (und so weiter). Das Thema wird uns sozusagen weiterverfolgen. Wir hoffen auf Besserung, wenn der Finanzausgleich neu aufgestellt wird. Die Kreisumlage als zentrales Finanzierungsinstrument für den Kreis, das ist sie, die ist natürlich bei den Städten, die die stärksten Zahler sind, nicht immer so beliebt, um es mal so auszudrücken. Aber es gibt ja, wie wir hören, keinen Widerspruch. Das ist ja schon mal was und an der Stelle bringt es auch nichts, hier zu widersprechen. Tatsache ist – ich glaube, da sind wir uns auch einig und das hat auch Herr Landrat Gallo vor Jahren schon gesagt – es braucht mehr Mittel im System. Denn wenn genau das nicht passiert, können die Kreise, die Städte und Gemeinden ihre Aufgaben nicht mehr stemmen. Nämlich die Daseinsvorsorge, die öffentliche Infrastruktur für die Menschen vor Ort, die sichergestellt werden muss. Denn eines ist auch klar: Immer mehr Aufgaben und immer weniger Geld; das funktioniert schon lange nicht mehr. Wie oft haben wir das schon gesagt. Es muss sich hier etwas ändern, da gebe ich dem Kollegen Funck auch recht. Es braucht mehr Unterstützung von Bund und Land und das sind keine bösen Rufe, sondern es ist die Realität. Es geht um die kommunale Eigenständigkeit und diese muss sicher sein, darf nicht gefährdet sein. Ich will zum Haushalt noch schnell einige Punkte kurz ansprechen, die mir als LINKE jetzt wichtig sind. Das ist zum einen der Ausbau der KITAS in unserem Kreis. Die Planung zur Deckung des Betreuungs- und Förderungsbedarfs ist ja Teil des Jugendhilfeplans und hier sorgt ja auch der Kreishaushalt mit Steigerungen an der

Stelle bei den Aufwendungen für Kitas und Kindertagesbetreuungen immer für Stabilität. Das ist gut und wichtig für die Familien im Kreis. Aber man darf nicht ausblenden, dass die Situation in unseren Kitas sehr angespannt ist. Es sind viel mehr Betreuungsplätze notwendig. In den Ballungsgebieten gibt es Engpässe im Betreuungsbereich und der Kreis ist auf Neubauprojekte angewiesen und die Umsetzung mit den Trägern, das kennen wir ja auch schon seit Jahren, ist oftmals sehr, sehr schwierig. Fehlt nun ein Kita-Platz, klappt es nicht mit der Arbeit, das ist eben zum Teil auch wirklich dramatisch und das muss man auch immer sehen, wenn es um diese Fragen geht.

Deswegen müssen Lösungen schneller auf den Tisch, mit mehr Personal, mehr Kapazitäten und mancherorts auch mit besseren Räumlichkeiten. Man muss sich mal klarmachen, dass die Kinder kindgerecht betreut werden müssen. Die Herausforderungen an der Stelle sind schon ziemlich groß. Ein weiterer Punkt sind die Schulen in unserem Kreis, der Investitionsstau ist nach wie vor da, aber unser Kreis bemüht sich als Schulträger hier. Das haben wir auch früher schon gelobt. Die Schulen sind immer Schwerpunkt im Haushalt und es war bei der Detailberatung im zuständigen Ausschuss auch zu hören, dass die Maßnahmen ja laufen. Der Kreis werde aufholen und das ist auch gut so. Es ist nämlich völlig klar, dass weiter in die Schulen investiert werden muss und zwar auf der einen Seite baulich, auf der anderen Seite auch mit Blick auf die IT-Infrastruktur. Das gehört aus meiner Sicht einfach zu den Zukunftsprojekten unseres Kreises und ich glaube, das wird bei den Kolleginnen und Kollegen auch deutlich. Im zuständigen Ausschuss wurde auch diskutiert, dass es ein besseres Zusammenwirken von Schulleitungen, von Kreis und Land geben muss. Auch das gehört zur Debatte dazu. In Zukunft muss dort auch im Personalbereich an der Stellschraube gedreht werden, um einiges verbessern zu können.

Dann habe ich noch ein Anliegen, was ich an der Stelle wirklich gerne hervorbringen möchte. Wir brauchen Wege hin zu kostenfreiem Kita- und Schulesen. Das ist ein nicht unwichtiges Thema, ganz im Gegenteil, es ist ein großes Thema, um Kindern in Not zu helfen. Der Anteil dieser Kinder steigt unerbittlich. Und ich war sehr enttäuscht, und deswegen sage ich das heute auch hier, als im Stadtrat Homburg unser Vorschlag, wenigstens die Möglichkeiten einer Finanzierung mit den Trägern mal zu prüfen, ganz schnell von den großen Parteien vom Tisch gewischt wurde. Mittlerweile gibt es auch andere Stimmen. Wir sind gespannt, aber dieses traurige Problem braucht eine Lösung.

Ich möchte auch noch schnell einen Blick auf den Bereich ÖPNV werfen. Im Kreis sind wir da nicht schlecht aufgestellt, das wurde auch im Fachausschuss immer wieder deutlich. Man wurde gut informiert. Es gibt besondere ÖPNV-Angebote für bessere Verknüpfung von Freizeit und Tourismus. Es wird sich um Nachhaltigkeit in dem Bereich sehr bemüht, auch im Hinblick auf den ländlichen Raum. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Arbeitsplätze sind in den Städten, in der Kreisstadt Homburg, Bexbach und St. Ingbert und da sind noch bessere Verkehrsbedingungen einfach notwendig, damit die Leute auch besser und schneller auf die Arbeit kommen.

Wie Sie sicherlich verfolgt haben, gibt es eine aktuelle Prognos-Studie, die unserem Kreis in den Bereichen Arbeitsmarkt und Innovation eine starke Position bescheinigt. Es ist dabei auch klar, dass in diesem Bezug der Anteil der Industriebeschäftigten bei uns der höchste unter den Landkreisen ist. Für diese Industriebeschäftigten, das wäre auch mein Appell, müssen wir uns weiterhin mit großem Engagement einsetzen. Hinter den Zahlen stehen eben viele Menschen, Arbeitende, Beschäftigte mit Ihren Familien und um die müssen wir uns kümmern.

Ein letzter Satz zum Thema Krankenhaus: Da gebe ich dem Kollegen Funck auch recht. Wir haben es am Beispiel der Geburtshilfe in St. Wendel erlebt, wie schnelle es ohne die Trägerschaft des Kreises passieren kann, wichtige Versorgungsbereiche in der Fläche zu verlieren. Deshalb brauchen wir das Kreiskrankenhaus.

Also alles in allem liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Landrat, wir sehen, ich sehe, dass die Weichen im Kreis richtig gestellt sind. Das ist schon länger so. Die Zeiten sind einfach schwierig und ich möchte mich hier auch ohne Fraktion weiterhin konstruktiv einbringen und unterstützen und ich werde natürlich aus diesem Grund auch dem Haushalt zustimmen.
Vielen Dank!

KREISTAGSMITGLIED HARTMANN (FWG):

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gallo, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages, sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung, sehr geehrte Vertreter der Presse, sehr geehrte Damen und Herren,

Rekordeinnahmen, sinkende Kreditzinsen, ausreichend und qualifiziertes Personal, Bürokratieabbau, Wirtschaftsboom, funktionierende Lieferketten, Frieden.... Dann könnte alles so einfach sein, ist es aber nicht. Die Realität sieht leider komplett anders aus, sie ist weiterhin geprägt von der allgemeinen Unsicherheit, den gesamtwirtschaftlichen Risiken, weiteren Konflikt- und Kriegsherden und den damit verbundenen Fluchtgeschehen. Wir sind konfrontiert von der Inflation, damit einhergehend steigenden Kreditzinsen, hohen Baupreisen, den Folgen eines Fachkräftemangels, Lieferengpässe, explodierende Personalkosten. Egal ob bei der öffentlichen Hand, in den Unternehmen oder im privaten Umfeld, das Geld wird knapp, Auflagen werden immer höher und komplizierter, die Wirtschaft tritt auf der Stelle, die Zukunftsaussichten sind ziemlich eingetrübt. Gleichzeitig mehren sich kontinuierlich die Aufgaben für Kreis und unsere Kommunen im Saarpfalz-Kreis. Wir stehen als kommunale Familie mit dem Rücken an der Wand. Das vielfach gepriesene Konnexitätsprinzip ist schon lange aus den Fugen geraten – schon lange gilt nicht mehr das Prinzip – „wer bestellt, bezahlt“! Und dies trifft nicht nur auf die Bereiche der Aufnahme, Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen oder auf den Anspruch der Ganztagesbetreuung unserer Kinder zu – die Liste ließe sich noch beliebig erweitern. Fakt, die Grenzen des Machbaren vielerorts sind in vielen Bereichen bereits überschritten. Wir Freien Wähler sind dafür bekannt, mit Leidenschaft über die Höhe der Kreisumlage zu diskutieren – ja manchmal auch zu kämpfen. Der Kreis verlangt den Städten und Gemeinden viel

ab bei der Kreisumlage. Als ehemaliges Mitglied im Gemeinderat Mandelbachtal habe ich in den zurückliegenden Haushaltsreden im Gemeinderat gerne die zu zahlende Kreisumlage kritisiert. Mit dem Einblick als Kreistagsmitglied in die ungeheure Auflagenfülle eines Landkreises und die einhergehenden finanziellen Kosten, muss ich meine Meinung zu dem „Reizthema“ Kreisumlage als Kommunalpolitiker in der „Schlammzone“ korrigieren. Ich erlaube mir dazu festzustellen:

1. Da der Kreis selbst keine Einnahmen durch Steuern und ähnliche Abgaben hat, kommt der Hauptfinanzierungsbatzen über die Kreisumlage.
2. Ein Kreis hat viele komplexe Aufgaben zu erledigen, insbesondere im sozialen Bereich. Ein Großteil dieser Aufgaben – wir bewegen uns im Bereich von 90-Prozent- sind gesetzliche Pflichtaufgaben oder es handelt sich um wichtige(!) Aufgaben der Daseinsvorsorge.
3. Das, was ich bisher als neues Mitglied im Kreistag gesehen habe, gibt der Landkreis die Kreisumlage 1:1 an die Bürgerinnen und Bürger zurück!

Im Gegenteil: Gegenüber den Einnahmen, sprich der Kreisumlage, gibt der Kreis wertvolle Leistungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten und Gemeinden zurück. Diesbezüglich ist dieses zu sehen bei den Sozialleistungen, Schulen, Kindergärten, ÖPNV. Mit dem Einblick in das Zahlenwerk des Kreishaushaltes, sehen wir auch, dass es zurzeit wenig Möglichkeiten für Einsparungen gibt. Fakt, den Kommunen werden immer mehr Aufgaben durch Bundes- und Landespolitik übertragen, ohne die ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Diesbezüglich muss seitens der Bundes- und Landespolitik deutlich nachgesteuert werden. Ich wiederhole mich an dieser Stelle. Das vielfach gepriesene Konnexitätsprinzip ist schon lange aus den Fugen geraten – schon lange gilt nicht mehr das Prinzip – „wer bestellt, bezahlt“! Diesbezüglich erwarten wir als Freie Wähler nach der Bundestagswahl von einer neuen Bundesregierung, dass ernsthaft über einen neuen Finanzausgleich nachgedacht und zügig auf den Weg gebracht wird. Diese Maßnahme ist unabdingbar! Ich komme zum Schluss. Die Freien Wähler, die FWG-Fraktion im Kreistag des SPK, stimmen dem Haushalt zwar zu, sind mit ihm aber auch nicht glücklich damit.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

KREISTAGSMITGLIED KÖRNER (Familien-Partei):

Sehr geehrter Herr Landrat, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

wir verabschieden heute unser Arbeitsprogramm – den Haushalt - für das Jahr 2025. Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit in dieses Programm sind Voraussetzung für unsere Arbeit. Die finanzielle Situation des Kreises lässt für Wunschdenken keinen Raum. Die politische Wirkung der Kreisumlage sorgt ebenfalls für sorgfältigste Planung und Abstimmung mit den Kommunen.

Die Leistungserwartungen an den Kreis sind stets höher als die Bereitschaft zur Zahlung der Kreisumlage. Die Leistungsfähigkeit der Kommunen wird also immer

wieder besprochen und geprüft. Eine weitere Zahlungsquelle für den Kreis die Schlüsselzuweisungen des Landes. Eine Position die inzwischen so nicht mehr tragbar ist und dringend einer Neugestaltung bedarf.

Gespräche der großen Parteien auf Landesebene mit dem Ziel einer Neuordnung waren mit hohen Erwartungen im letzten Jahr geführt worden: Ergebnis 0 vertagt!! Gleiche Lebensverhältnisse in allen saarländischen Kreisen und dem Stadtverband Saarbrücken bleiben nur eine Wunschvorstellung. Ein hohes Ziel, aber unerreichbar bei vorhandenem Besitzstandsdenken. Wer hat der hat und gibt ohne Rücksicht auf die jeweilige politische Couleur der handelnden Personen, nichts ab, es wird so eine Lösung verhindert. Der vorhandene Paragraphenwald, unüberschaubar, von den handelnden Personen nicht mehr zu verstehen, wird wohl noch lange Grundlage der Berechnungen des Landes sein. Einer neuen angesagten Verhandlungswelle traue ich inzwischen keine Lösung zu. Entscheiden müssen dann wohl, wie schon so oft, Gerichte. Gerichte brauchen, wie wir wissen, lange Zeit für ihre Entscheidungen. Die Neuordnung der kommunalen Finanzen ist aber unabdingbar! Einen Finanzierungsaspekt darf man auch nicht außen vorlassen, es ist die Übertragung von Aufgaben von Bundes- und Landesbehörden auf Kreise und Kommunen.

Wer bestellt bezahlt, ein großes Wort, allerdings die Realität sieht anders aus. Ein schönes Beispiel hierzu das „Gute KITA-Gesetz“ schöner Titel, eine schöne Aufgabe und damit verbunden sind Kosten. Wer trägt diese Kosten? Auch hier entstehen dem Kreis Belastungen die nicht oder nicht in voller Höhe erstattet werden. Wer bestellt bezahlt! Man sollte erwarten können, dass sich die Politik in Bund und Land daran hält und nicht verwundert die Augen reibt, wenn die Kommunen finanziell an die Grenzen des Ruins getrieben werden und ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können. In der Wirtschaft nennt man das Insolvenz. In den Ausschuss-Sitzungen wurden die einzelnen Positionen des neuen Haushaltes besprochen, beraten und mit einer großen Rücksicht auf die Kostenträger der Kreisumlage gedreht und gewendet. Raum für Wunschdenken ließ die derzeitige finanzielle Lage nicht zu. Dringend Notwendiges wurde sortiert und geordnet eingestellt, wobei so manche Wunschvorstellung außen vor bleiben musste. Investitionsnotwendigkeiten teilweise auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Kommunen stand im Mittelpunkt. Die Details wurden von meinen Vorrednern bereits ausführlich dargelegt. Unserer Kreisverwaltung kann man aus meiner Sicht eine ordentliche und sparsame Haushaltsführung, die auch die jeweilige Belastung der Gemeinden berücksichtigt, bestätigen. Hohes Engagement und Einsatz aller für den Saarpfalz-Kreis arbeitenden Menschen ist anzuerkennen. Ihnen Herr Landrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement ein herzliches Dankeschön. Ein Dank gilt auch allen Kolleginnen und Kollegen im Gremium für die stets offene und faire Zusammenarbeit. Dem Haushalt für das Jahr 2025 stimme ich für die Familien-Partei zu. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Finanzausschusses, die aus den Haushaltsdetailberatungen hervorgegangene und durch die abschließenden Änderungen in der Finanzausschusssitzung konkretisierte Haushaltssatzung 2025 mit ihren Anlagen, den Stellenplan 2025 und das Investitionsprogramm 2025 – 2028.

Dabei wurden die für den Entscheidungsprozess bereitgestellten Strukturdaten der Kreiskommunen zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit entsprechend gewürdigt.

6. VERSCHIEDENES

Der VORSITZENDE:

nimmt Bezug auf die Haushaltsreden und stellt noch einmal die Bedeutung der Ebene der Landkreise heraus.

In Deutschland gebe es 294 Landkreise, welche 57 Millionen Menschen repräsentieren. Zwei Drittel der Bevölkerung lebten im ländlichen Raum und die Aufgabe als Landkreis sei es, für diese Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. In Bezug auf die bereits angesprochene Prognose-Studie von 2022 erklärt er, dass diese dem Saarpfalz-Kreis – im Gegensatz zu anderen Gemeindeverbänden sogar eine leicht positive Entwicklung bescheinige, was auch ein Gradmesser für eine solide Aufgabenwahrnehmung sei.

Er unterstreicht, dass die kommunale Ebene mit ihren Dienstleistungen den stetigen Kontakt zu den Menschen vor Ort habe. So habe man die täglich die Chance und auch die Verantwortung, das Vertrauen der Menschen in staatliche Strukturen zu erhalten und zu stärken. In Krisen seien die Kreise die notwendigen ruhenden Pole und hätten die Aufgabe, die Welt „im Kleinen“ vernünftig zu gestalten, Demokratie erlebbar zu machen und damit Bindeglieder zwischen den Wählerinnen und Wählern zu sein, um so letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

Dieser Aufgabe komme der Saarpfalz-Kreis aus seiner Sicht gut nach und er verweist beispielhaft auf eine stabile Entwicklung insbesondere in den Bereichen IT/Schul- IT mit einer enormen „Aufholjagd“ in den vergangenen Jahren sowie im Schulbereich insgesamt.

Dann hebt er die Europaarbeit des Kreises hervor, die gerade bei den aktuellen Entwicklungen in Europa und bei vorherrschender Kritik am europäischen Integrationsprozess wichtig sei. Es gebe keinen Kreis, der europäischer ist und gerade den grenzüberschreitenden Projekten des Kreises komme künftig eine noch wichtigere Bedeutung zu. Er nennt hier beispielhaft den Europäischen Kulturpark mit dem Projekt Vita Futura als ein Leuchtturmprojekt und das Internationale Bündnis für Frieden und Zusammenhalt in Europa (das Homburger Bündnis). Er bedankt sich bei dem Kreistag ausdrücklich für die hervorragende Unterstützung dieser Projekte.

Was die allgemeine Finanzausstattung angeht, nimmt er Bezug auf die Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden Funck und bestätigt die große Diskrepanz zwischen der Aufgabenquote und des kommunalen Anteils an den Steuereinnahmen. Man leide an einer Aufgabenflut und müsse allzu oft schnell reagieren. Als Beispiel führt er das Thema Kindergrundsicherung auf, welches zunächst lange auf der ministeriellen Ebene „vor sich hin dümpelte“ und dann plötzlich mit einer Rückmeldungsfrist von sieben Tagen dem Deutschen

Landkreistag zur Anhörung vorgelegt wurde. Es habe so nicht genügend Zeit gegeben, die kommunalen Belange und Auswirkungen ausreichend zu würdigen. Dies sei ein Beispiel von vielen.

Was das Thema Kreisumlage anbelangt, hätten sich die Diskussionen mit den Kommunen in den vergangenen Jahren entspannt, da klar sei, dass diese nicht ursächlich für das kommunale Finanzproblem sei und im Prinzip auch eins zu eins wieder an die Kommunen zurückfließe. Als plakatives Beispiel führt er den Aufgabenbereich „Jugend und Soziales“ auf. Stelle man alleine die Ausgaben in diesem Bereich in Höhe von rd. 208 Millionen Euro den Gesamteinnahmen aus der Kreisumlage mit 127 Millionen Euro entgegen, müsse man rd. 80 Millionen Euro drauflegen, um den Bedarf im Bereich Jugend und Soziales überhaupt decken zu können. Dies seien Ausgaben für die Menschen in den Kommunen. Alternativ zum Kreisumlageprinzip und der damit verbundenen zentralen Verortung bestimmter Aufgaben müssten diese Aufgaben von jeder Kommune selbst erfüllt werden, was gerade die finanzschwachen Kommunen vor Probleme stellen würde.

In diesem Zusammenhang kann man auch die Gesundheitsversorgung und das Kreiskrankenhaus betrachten. Aus seiner Sicht stehe der Standort nicht in Frage. Im Gegenteil habe er den Eindruck, dass die bereits angesprochenen Bemühungen des Saarpfalz-Kreises sehr wohl wahrgenommen werden und man ein ordentliches Konzept im Rahmen der Krankenhausplanung vorgelegt habe. Er sei zuversichtlich, was die anstehenden Trägergespräche anbelangt. Er bedankt sich bei den Kreistagsmitgliedern für die stets konstruktive Begleitung und Unterstützung in diesem Prozess.

Abschließend greift er noch die Worte des Fraktionsvorsitzenden Pauluhn auf, dass dieser Haushalt „vor Leistungen für die Menschen strotzt“ und betont noch ergänzend den Bereich der Kultur, der auch nicht zu kurz kommen dürfe und der Kreis hier in bescheidenem Rahmen gute Projekte umsetzt. All dies müsse man nach außen kommunizieren.

Er freut sich über den einstimmigen Haushaltsbeschluss und bedankt sich beim Kreistag für die gute Zusammenarbeit. Der Haushaltsbeschluss sei eine tolle Bestätigung der Arbeit der Verwaltung und gebe Zuversicht in den nächsten Tagen.

Er bedankt sich bei dem zuständigen Geschäftsbereichsleiter Engel und Kämmerer Grün, beim Fachbereich Personal mit Christian Janishek sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei der Haushaltsaufstellung und der damit verbundenen Sitzungsorganisation mitgewirkt haben, insbesondere Frau Kathrin Lenhard und Herrn Michael Klein.

Protokollunterzeichner:

Der Vorsitzende:

Die Kreistagsmitglieder:

Protokollführer: